

**AMT DER WIENER
LANDESREGIERUNG**

und

MD-Verfassungs-

Rechtsmittelbüro

1082 Wien, Rathaus

40 00-82 338

MD-VfR - 538/99

Wien, 5. Mai 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes
über Änderungen des Aktien-
gesetzes und des Handelsge-
setzbuchs zur Erleichterung
des Rückerwerbs eigener
Aktien - Aktienrückerwerbs-
gesetz (AReG);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu GZ 10.001G/2-I 3/1999

An das
Bundesministerium für Justiz

Zu dem mit Schreiben vom 9. April 1999 übermittelten Entwurf
eines Bundesgesetzes wird wie folgt Stellung genommen:

Die im vorliegenden Entwurf für ein Bundesgesetz über Ände-
rungen des Aktiengesetzes und des Handelsgesetzbuches vorge-
sehene Liberalisierung der Regelungen über den Rückerwerb
eigener Aktien stellt eine Angleichung des österreichischen
Aktienrechtes an international übliche Standards (insbeson-
dere auch an

- 2 -

Deutschland) dar und läßt eine Belebung des Börsehandels und eine Steigerung der Akzeptanz der Aktie als Anlageform erwarten. Sie ist daher im Interesse der österreichischen Wirtschaft zu begrüßen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor:

OMR Mag. Pauer

Dr. Jankowitsch
Obersenatsrat